

Volks-Zeitung

Zwei neue Noten Rankaus.

Weitere Vorschläge in der Saarfrage. — Ausschluß der deutschen Missionen.

Versailles, 18. Mai.

Am 17. d. M. ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine weitere, das Saargebiet betreffende Note der deutschen Friedensdelegation übergeben worden. Die Note enthält, wie die Pariser Presse bereits heute morgen mitteilt, Vorschläge deutscher Sachverständiger zur Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel, als die in dem Friedensentwurf vorgesehenen. Eine Veröffentlichung des Wortlautes der Vorschläge ist für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Die zweite Note des Grafen Brodorski-Rankau behandelt das Schicksal der deutschen Missionen, deren Aushebung nach Artikel 438 des feindlichen Friedensvertragsentwurfs erfolgen müßte. Es wird in der Note darauf hingewiesen, daß der Ausschluß der deutschen Missionen die Befreiung uralter Rechte bedeute und 1 1/2 Millionen Angehörige aller Nationen ihrer geistigen Führer beraube. Die deutsche Regierung lehne deshalb den Artikel 438 ab, schlage aber vor, in einem gemischten Ausschuss von Sachverständigen die Frage zu erörtern.

Die deutschen Gegenanschläge.

Mitteilungen eines englischen Korrespondenten.

Der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß der deutsche Gegenanschlag auf den Vertragsentwurf vor Ablauf der festgesetzten Frist fertiggestellt sein wird. Die deutsche Regierung werde darauf bestehen, daß die 14 Punkte Wilsons und die vor Abschluß des Waffenstillstandes ausgetauschten Noten die Bedeutung eines internationalen Abkommens haben. Die Deutschen beanspruchten die Bestimmung der Ozeanränder durch Selbstbestimmung, dessen Auslegung für beide Teile bindend sein müsse. Was das Saargebiet anlangt, so sei Deutschland bereit, den ganzen Ertrag der Kohlengruben an Frankreich abzutreten, ohne die territorialen Forderungen Frankreichs anzuerkennen. Ferner sei die deutsche Regierung willens, alle Entschädigungen zu leisten, falls Deutschland die notwendigen ökonomischen Einrichtungen zum Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens erhalte. Die Abrüstung könne in dem vorgeschriebenen Umfang nicht durchgeführt werden, solange die innere Ordnung nicht hergestellt sei; die deutsche Regierung verpflichte sich aber, die gleiche Regelung verpflichte sich aber, die gleiche Bedingung zu erfüllen, sobald die Lage es gestatte. Zum Beweis der friedlichen Absichten Deutschlands solle den Alliierten der Rest der Kriegsstoffe ausgeliefert werden, falls ein Teil der Sandelkiste zur Verfügung käme. Wenn diese Vorschläge abgelehnt werden sollten, müßte die deutsche Regierung die Vertragsunterschrift verweigern.

Eine englische Handelskammer in Köln.

Alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten.

Köln, 18. Mai.

Laut „Cologne Post“ ist von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Köln beschlossene worden. Die Gründung wird in London eingetragenen. In Köln wird zunächst ein Auskunfts-Bureau eingerichtet, in dem außer dem Sekretär der Kammer auch ein Vertreter der Wirtschaftsbildung der englischen Militärbehörde Auskünfte erteilen wird. Ueber 30 führende englische Firmen waren auf der Gründungsversammlung vertreten.

Die britische Behörde hat bis auf weiteres alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten. Es dürfen daher auch solche Versammlungen der Zentrumspartei nicht stattfinden, die bereits genehmigt sind.

Einmarsch der russischen Roten Armee in Ostgalizien.

Warschau, 17. Mai. (Wiener Korr.-Bureau.)

„Gazeta Polska“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kommandanten der polnischen Militärorganisation in Kiew, der vorgestern aus Kiew in Warschau eingetroffen ist. Nach seinen Mitteilungen ist mit Ausnahme der Bezirke Lutz, Rowno, Ostrog und einem Teil der Bezirke Schitomir, Nowel, die ganze Ukraine in den Händen der Bolschewiken. Petura, dessen Hauptquartier in Rowno war, habe sich der Sowjetregierung angeschlossen. Der Kommandant der ukrainischen Armee, Semann Dskifko, habe in Rowno einen Staatsstreik verkündet, der jedoch nicht glückte. Mit wenigen Offizieren habe er sich zu den polnischen Truppen gerettet. Die roten Truppen seien auf dem Vormarsch gegen Larnopol in Ostgalizien eingedrungen, um sich mit den Ungarn zu vereinigen. Kiew sei kampflös den Bolschewiken übergeben worden. Die Stadt werde jetzt vom Volkskommissar Rakowski beherrscht. Gegenwärtig befänden sich auch Ukraine sei unerschreiblich. Banden von Landstrolächern und ununiformierter Leute mit Artilleriebrandschiffen da.

Protestsonntag gegen den Gewaltfrieden

Am gestrigen Sonntag haben in ganz Berlin gewaltige Protestkundgebungen gegen den Gewaltfrieden stattgefunden. Fast alle Parteien hatten sich, vielfach in gemeinsamen Versammlungen, zusammengefunden, um gegen den Frieden in seiner jetzigen Form zu protestieren. In langen Zügen begaben sich die Teilnehmer an den Kundgebungen in die Wilhelmstraße, wo der Reichspräsident und der Ministerpräsident zu den Demonstrierenden wiederholt sprachen. Die Versammlungen verliefen durchweg ruhig. Es kam nirgendwo zu Zwischenfällen.

Die Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung hatte zum gestrigen Sonntag fünf Versammlungen in den größten Sälen sowie eine Kundgebung auf dem Königsplatz im Tiergarten einberufen. Es sprachen Eduard Bernstein, G. Davidsohn, Otto Ruzsike, Frau Marie Juchacz, Dr. Maximilian Pfeiffer, Abgeordneter Rudloff, Professor Rade, Riedel, Ruffer, Wallauer, Rithard-Stahn und Frau Adele Schreiber. Es wurde überall folgende Entschließung angenommen:

„Viele Tausende von Männern und Frauen Berlins erheben Einspruch gegen den ihnen zugemuteten Frieden. Wir wollen nicht dulden, daß 60 Millionen Menschen zu Sklaven werden. Alle Stände und Parteien sind sich einig, daß jede Vergewaltigung des deutschen Volkes ebenso abzulehnen ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Wir wollen kein neues Blutvergießen. Ein Wille und ein Ziel ist in allen lebendig: „Gegen Vergewaltigung — für Völkerverständigung.“ Wir fordern das Festhalten an Wilsons 14 Punkten. Wir fordern einen Frieden, der die Grundlage für den Völkerverständigung bildet.“

Unter den Linden trafen sich die Züge aus den verschiedenen Versammlungen und vereinigten sich zu einem einzigen. Sie marschierten durch die Wilhelmstraße nach dem Reichsamt des Innern, wo Halt gemacht wurde. Unter Führung Dr. Pfeiffers sowie der Herren Dr. Michaelis und Ostwald begab sich die Deputation zum Reichspräsidenten, der folgende Ansprache hielt:

„Ich danke Ihnen herzlich für die machtvolle Kundgebung, die Sie, wie ich höre, in allen Stadtteilen mit großem Erfolg veranstaltet haben. Wir müssen uns rühren und handeln. Wir müssen unsere letzte Kraft einsetzen gegen die drohende Vergewaltigung. Millionen Volksgenossen in Deutschland und Österreich sollen ihre Rechte darauf und geteilt werden. Unter Volk, wir alle, sollen beteiligt werden. Unsere Industrie, unsere Wirtschaft sollen vernichtet, politisch werden wir für vogelfrei erklärt werden. Rechtlos macht man uns, allen anderen Nationen gegenüber. Wir werden ehelos, wenn wir uns nicht dagegen mit aller Kraft wenden werden, die in uns wohnt. Im Namen der Regierung kann ich Ihnen versichern:

Wir können und werden diesen Frieden nicht unterschreiben!

Schwere Tage stehen uns bevor. Helfen Sie uns! Lassen Sie es nicht bei dieser einen Demonstration bewenden. Das ganze deutsche Volk muß sich hinter uns stellen und uns stützen in dem Kampf um den Frieden, der uns Recht und Lebensmöglichkeit sichern soll.“

Die auf der Straße harrende Menge brachte inzwischen auf den Reichspräsidenten stürmische Hochs aus. Immer lauter und dringlicher wurde nach „Ebert“ gerufen, so daß der Präsident, von dem Beifall der unten Harrenden empfangen, schließlich auf den Balkon treten mußte, wo er folgende Ansprache hielt:

„Meine Damen und Herren, ich habe mit Ihrer Deputation gesprochen und gehört, daß Sie in den verschiedenen Stadtteilen machtvolle und eindrucksvolle Kundgebungen gegen den Frieden, den man uns zumutet, veranstaltet haben. Ich sehe auch, daß Sie zu Hunderttausenden hier erschienen sind, um Ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für diese Kundgebung. Es geht ein Schrei der Entrüstung und Empörung durch unser ganzes Volk — und mit Recht. Wir wären ehelos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufbieten gegen die Schmach, die uns angedroht wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Man will uns finanziell erwürgen, man will uns wirtschaftlich ruinieren, man will uns rechtlos machen in der ganzen Welt. Die Arbeiterklasse vor allem wäre es, die unter diesen schmachvollen Bedingungen elend und jämmerlich zusammenbrechen würde. Wir wären nicht in der Lage, unsere industrielle Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Die Arbeitslosigkeit, die heute schon durch die Strafen heult, würde sich vermehren. Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter wären gezwungen, das Vaterland zu verlassen und draußen in der Welt jämmerliche Arbeitsbedingungen aufzunehmen, um dann schmachvoll unterzugehen. Niemals darf sich ein Volk von 70 Millionen solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen! (Stürmischer Beifall.) Meine Damen und Herren! Die deutsche Regierung wird diese Bedingungen nie und nimmermehr annehmen.“

Wir lehnen sie ab, mag da kommen, was auch kommen mag.

(Minutenlanges, stürmisches Beifall.) Und in diesen schicksalsschweren Tagen, die uns bevorstehen, in dem Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, ist es notwendig, daß Mann und Frau, jung und alt, sich hinter uns stellen und mit uns gemeinsam für Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzutreten: Das junge republikanische Deutschland, die Völkerverständigung und der Friede, sie leben hoch!“

Die Menge stimmte in das Hoch stürmisch ein. Dr. Pfeiffer dankte dem Reichspräsidenten im Namen der Demonstranten mit folgenden Worten:

„Wir sind überzeugt, daß aus dieser historisch so bedeutungsvollen Straße der Protest hinausgehen wird in die Welt und daß die ganze Welt erfahren wird, wie einmütig das deutsche Volk den ihm zugemuteten schmachvollen Frieden ablehnt. Wir danken dem Herrn Reichspräsidenten für seine mannhaften Worte und — bei diesen Worten ergriff Dr. Pfeiffer die Rechte des Präsidenten — und gelobten es ihm in dieser schwierigen Lage, in der sich je das deutsche Volk befindet, in die Zukunft, einig und geschlossen hinter der Regierung zu stehen.“

Unter Ruf wird hinausgeschallen in die Welt und die furchtbaren Zumutungen werden eine Schmach sein für die, welche sie erdacht haben und nicht für die, welche sie ertragen sollen.“

Pfeiffer schloß mit einem Hoch auf die Regierung und den Präsidenten Ebert.

Unter Abkündigung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ ging die Versammlung auseinander.

Die Deutsch-Oesterreicher.

Die Versammlung, die sich für den Anschluß Österreichs aussprach, wurde auf dem Wilhelmplatz abgehalten. In geschlossenem Zuge rückten die deutschösterreichischen Vereine an, denen sich viele Berliner Bürger, namentlich auch zahlreiche Arbeiter angeschlossen hatten. Zuerst nahm der Schauspieler Hermann Thiemig vom Deutschen Theater das Wort, um namens der Jugend Oesterreichs zu sprechen. Am dem Tage, führte er aus, an dem die mörderischen Friedensbedingungen übergeben wurden, hat es kein Haus in Oesterreich gegeben, in dem nicht namenloses Weh dem Herzen jedes einzelnen entsprossen wäre. Man muß schon Diplomat sein und arm an Temperament, um sich heute in Schweigen einzuhüllen. Von uns jungen Männern kann man nicht die Diplomatie der Treulosigkeit verlangen. (Stürmischer Beifall.) Aus den Herzen von Millionen Deutschösterreichern glaube ich sprechen zu können, wenn ich erkläre, daß wir uns eine Zukunft ohne Deutschland nicht denken können. Der Anschluß muß kommen, wenn nicht heute, so doch morgen. Wir werden nicht ablassen von dem Gedanken an die große einig unzerstörbare Nation! (Stürmischer Beifall.) Hierauf sprach der Gesandte Dr. Sudo Hartmann: Heute gibt es nur noch einen Schicksalstrahl:

„Für Großdeutschland und das deutsche Volk!“

Wir wollen nicht fremden Völkern Gewalt antun; aber wir wollen eigene Herren in unserem Lande sein. Man hat uns das Selbstbestimmungsrecht vorgegaukelt, um es uns jetzt vollständig zu nehmen. Von einem Völkerbund, der uns ein ungetreuer Vormund sein will und uns zu Sklaven macht, wollen wir nichts wissen. Wir wollen immer wieder den Ruf nach dem wahren Selbstbestimmungsrecht erheben, bis man ihn in Paris vernimmt. Deutschland und Deutschösterreich wollen den Zusammenschluß auf Grund des neuen Völkerrechts. (Längster Beifall.)

Richard Fischer führte aus: Wir deutschen Sozialdemokraten haben uns immer eins gefühlt mit unseren österreichischen Arbeitsbrüdern. Die Entente handelt nicht wie ein Sieger, der für die Ideale der Menschheit in den Kampf gezogen ist, sondern wie eine Räuberbande. (Stürmischer Beifall.) Wie eine Räuberbande, die nicht einig wird über die Beute. Es wird eine Koalition des Kapitalismus und Militarismus zur Anechtung Deutschlands und Deutschösterreichs geschaffen. Wir sollen die Lohnsklaven des englischen, französischen und amerikanischen Kapitalismus werden. Von der ersten bis zur letzten Stunde müssen wir sagen: Nein, wir unterwerfen uns nicht! (Wiederholtes Bravo!) Ihr könnt uns knebeln und unterdrücken, aber nicht zur Unterschrift eines Vertrages zwingen, der uns, wie es darin heißt, ewig vor Oesterreich trennt. Mögen die Heuschler und Räuber alle Recht aufbieten, so werden doch ihre Absichten an dem deutschen und österreichischen Volk scheitern. Wir gehören zusammen und werden auch zusammenkommen, müden sie machen, was sie wollen. (Anhaltender Beifall.)

Für die Deutschböhmern sprach Dr. Hermann Hoffmann, der die Drangsalierung und Unterdrückung der Deutschböhmern durch die tschechoslowakische Regierung in bewegten Worten darlegte und erklärte, daß die Deutschen Böhmens den Tag der Brand für die Deutschen Südtirols sowie Cohen (Neu) und Stephan Großmann.

Unter lebhaften Beifallskundgebungen gelangte hierauf folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

„Die am Wilhelmplatz in Berlin versammelten Deutschösterreicher und Reichsdeutschen neben in dieser schweren Stunde erneut ihren unverbrüchlichen Willen zum Zusammenschluß und fordern nach wie vor das freie Selbstbestimmungsrecht für die von der Fremdherrschaft bedrohten Randgebiete Deutschösterreichs.“

Die Versammelten zogen nun vor die Reichskanzlei und brachten Hochrufe auf die Regierung aus. Abschließend sprach

Ministerpräsident Scheidemann

an einem Fenster und hielt folgende Ansprache:

„Ich habe bereits in der Nationalversammlung die herzlichsten Grüße und das Bekenntnis am einmütigen Festhalten unteren deutschösterreichischen Brüdern erwidern dürfen. Heute, wo Hunderttausende deutscher Männer und Frauen hier zur einmütigen Protestkundgebung versammelt sind, erwidere ich sie noch einmal auf das herzlichste. Wir fühlen uns eins mit den in Oesterreich lebenden Brüdern, wir wollen sein ein einziges Volk an Haupt und Gliedern. In St. Germain und in Versailles sitzen die beiden Delegationen der Völker, nur getrennt durch einige Kilometer. Die Ententemänner wollen aber diese Trennung auf ewige Zeit durchführen. Sie sehen in ihrer kurzfristigen Verblendung nicht, daß dies alles doch nichts nützen kann, daß wir einig und im Herzen und im Ziel sind und daß sie den Zusammenstoß trotz Verhinderung des Wunsches der Selbstbestimmung nicht unterbinden werden können. Wir wollen und werden uns zusammenfinden, und die tiefe Not, in der wir befinden, hat ja schon gezeigt, welche übermenschlichen Kräfte sie in einem in den Zielen einigen Völkern auslösen kann. Gelingt es heute der Entente, uns zu trennen, so läßt sich der Schrei des Mutes doch auf die Dauer nicht unterbinden. Das Selbstbestimmungsrecht muß Deutsche zu Deutschen führen. Ebenso wie uns unsere beider Gebiete im Osten, Süden und Westen am Herzen liegen, bilden wir mit warmer Empfindung im Herzen nach Tirol. Man sucht durch alte Mittel uns zu trennen. Während man uns foltert und danach sich umren will sucht man die Oesterreicher nur zu verteilen und dann zu räten. Aber wir werden uns zusammenfinden, und wir protestieren gegen die Vergewaltigung. Das deutsche